

Keine neuen Tagebaue – Die Fakten in Kurzform

Beschäftigte bei Vattenfall:

Der Braunkohletagebau hat eine lange Tradition in Brandenburg. Zu DDR Zeiten arbeiteten ca. 75.000 Menschen im Tagebau. Nach der Wende wurde der Kohleabbau von der schwedischen Firma Vattenfall Europe Mining weiterbetrieben. Heute sind bei Vattenfall noch ca. 4190 direkt Beschäftigte (Prognos, im Auftrag der Vattenfall AG, Oktober 08) im Braunkohlebereich tätig.

Das CO2 Problem:

Unter den zur Verfügung stehenden fossilen Energieträgern ist die Braunkohle am energieärmsten und setzt die größten Mengen an CO2 frei. Sie gilt daher als extrem klimaschädlich. **Die Tatsache, dass internationale Klimaziele mit der Braunkohle nicht einzuhalten sind ist bekannt**, auch bei den Energiekonzernen wird an dem Problem der CO2-Emission seit langem gearbeitet. Die Antwort der Industrie heißt CCS, eine Technologie mit der ein großer Teil des CO2 im Verbrennungsprozess isoliert und in flüssiger Form in unterirdischen Endlagern gespeichert werden soll.



In einem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung vom Juli 2008 wird dem Oxyfuel-Verfahren ein „hoher Energieverbrauch“ bescheinigt. CCS habe **„einen zusätzlichen Brennstoffbedarf von bis zu 40% zur Folge“**. Auch der Transport und die Endlagerung des flüssigen Treibhausgases sind ein ungelöstes Problem. Experten wie Prof. Dr. Rolf Kreibich vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin bezweifeln, dass es möglich sein wird, für die anfallenden Mengen CO2 in Deutschland ausreichende Endlager zu finden. Mit massivem Widerstand in Politik und Bevölkerung sei dabei ebenfalls zu rechnen. Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sagte im Oktober 2008 im RBB, sein Land „sei nicht bereit, verflüssigtes Kohlendioxid aus Brandenburg in großen Mengen unterirdisch zu lagern“. Ob das Gas über einen längeren Zeitraum dann auch wirklich unter der Erde bleibt, ist bisher noch nicht wissenschaftlich bewiesen. Diese Unwägbarkeiten und ihre Folgen werden von Vattenfall jedoch stets verschwiegen oder heruntergespielt. Für den Fall das die CCS-Technik nicht zum Einsatz kommen kann sagte der Konzerchef Lars Göran Joseffson am April 2007 in der ZEIT zynisch: „dann haben wir ein echtes Problem. Dann müssen wir die Dämme höher bauen“.

Der Emissionshandel:

Eine weitere Hürde für die Braunkohleindustrie ist die neue Auflage des Emissionshandelsgesetzes, das auf europäischer Ebene im Jahr 2013 eingeführt wird. Die EU beabsichtigt die Zertifikate für CO2-Emissionen stark zu verteuern, um globale Klimaschutzabkommen einhalten zu können. **Daher ist es absehbar, dass der Handel mit den CO2-Zertifikaten den Braunkohlestrom unwirtschaftlich macht**. Ob die CCS-Technik daran etwas ändern kann ist fraglich, weil sie große Kosten für neue Kraftwerke, höhere Brennstoffmengen sowie den Transport und die Endlagerung des CO2 verursacht. Diese Unsicherheiten lassen den langfristigen Bestand der Arbeitsplätze in der Lausitzer Braunkohlewirtschaft unsicher erscheinen.

Das Problem mit dem Wasser:

Für den Tagebau werden zudem große Mengen Wasser benötigt. Derzeit pumpt der aktive Braunkohlebergbau in der Lausitz mit 230 Mio. Kubikmetern pro Jahr mehr Grundwasser ab als alle anderen Nutzer zusammen (160 Mio.). **Im ohnehin niederschlagsarmen Brandenburg ist die Höhe des Grundwasserspiegels jedoch entscheidend für die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft**. Experten wie Heiko Sonntag vom Regierungspräsidium Dresden kritisieren als Folge des Bergbaus auch eine Versalzung der Flüsse mit Sulfat. Dies hat besonders für die Trinkwassergewinnung Berlins und Brandenburgs große Auswirkungen. Die Überschreitung des zulässigen Grenzwertes ist schon heute problematisch, eine technische Lösung zur industriellen Reinigung des Wassers gibt es bisher nicht.

Landschaftszertörung und Umsiedlung:

Der Abbau von Braunkohle erfordert gewaltige Eingriffe in die Landschaft. Für die Gewinnung einer Tonne Kohle müssen bis zu 11 Tonnen Erdreich abgebaggert werden. Menschen in den betroffenen Regionen müssen umgesiedelt werden, Dörfer verschwinden von der Landkarte (in der Lausitz wurden seit 1922 136 Dörfer umgesiedelt, 54 weitere Siedlungen stehen auf den wirtschaftlich gewinnbaren Reserven). **Abgesehen von der Zerstörung von Naturschutzgebieten, gewachsenen Landschaften und Kulturräumen gibt es bis heute keine Untersuchung darüber, wie viele Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft, produzierendem Gewerbe und Tourismus durch das Abbagern vernichtet werden.**

Energieversorgung – Perspektiven bis 2040:

Die bestehenden Abbaugelbiete würden aber nach Berechnungen des BUND auch ohne neue Tagebaue bis zum Jahr 2040 ausreichen. Aus diesem Grund vertreten die Initiatoren des Volksbegehrens „Keine neue Tagebaue“ die Auffassung, dass neue Abbaugelbiete weder wirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvoll seien. Es reiche völlig aus, die bestehenden Gebiete bis zum Ende abzubaggern. Dies wäre ohne die Gefährdung von heutigen Arbeitsplätzen möglich. „Aufgabe von Politik und Energiewirtschaft ist es, in die Zukunft zu denken und in den nächsten 32 Jahren bis zum Ende der Braunkohleförderung eine wirtschaftlich und umweltverträglich zukunftsfähige Energieversorgung aufzubauen“ sagt Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg.

Dieses Ziel ist für das Land Brandenburg schon in naher Zukunft erreichbar. 53% der hier erzeugten Strommenge wurden 2004 exportiert. Bei einem vorgesehenen Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Stromhaushalt von 34% für 2020 könnte demnach schon in zwölf Jahren fast der gesamte Strombedarf Brandenburgs aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Eine zusätzliche Steigerung der Stromproduktion mit Braunkohle macht also nur dann Sinn, wenn der überschüssige Strom von Vattenfall gewinnbringend in andere Länder verkauft wird. **Die so gemachten Gewinne bleiben aber nicht in der Region, sondern fließen zum größten Teil an den schwedischen Staat, der Hauptanteileseigner bei Vattenfall ist. Warum Brandenburg dafür die Rechnung zahlen soll, bleibt offen.**

Aus diesem Grund ruft das Bündnis „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ dazu auf, das Volksbegehren zu unterstützen. **Jeder volljährige Brandenburger kann bis zum 09.02.2009 auf seinem Meldeamt dafür unterschreiben, dass keine neuen Tagebaue mehr genehmigt werden, sondern bis 2040 nur die schon bestehenden Gruben zu Ende abgebaggert werden. Arbeitsplätze werden dadurch nicht gefährdet, aber Vattenfall und die Landesregierung werden gezwungen, endlich eine zukunftsfähige Energiepolitik einzuleiten.**



**KEINE NEUEN
TAGEBAUE!**